

Liberalismus jenseits von Individualismus und Kapitalismus

Christoph Möllers

In seiner zweihundertjährigen Geschichte hat der politische Liberalismus sich oft gewandelt und ist dabei ganz unterschiedliche politische und ökonomische Koalitionen eingegangen. Ursprünglich das Projekt einer politischen Mitte, die die Errungenschaften der französischen Revolutionen vor der feudalen Restauration bewahren wollte, ohne ihrerseits zu revolutionär zu werden, waren die Liberalen des 19. Jahrhunderts die Agenten eines aufstrebenden Bürgertums. Damit standen sie für Modernisierung und Emanzipation, ohne sich aber zu weit auf die demokratischen Reformen einlassen zu wollen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts gegen ihren Widerstand durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verwirklicht wurden. Die so erweiterte Wählerschaft beendete die große Zeit des politischen Liberalismus recht bald, liberale Parteien verschwanden oder wurden marginalisiert. Der politische Liberalismus wurde zu einem politischen Ideenhaushalt, der sich auf moderate Parteien von rechts und links verteilen musste, zwischen denen sich die liberale Familie auch immer wieder spaltete. Dass Liberalismus und Demokratie notwendig zueinander gehören, war nach den Erfahrungen des 19. Jahrhunderts keine Selbstverständlichkeit. Dass wir heute Liberalismus und Demokratie jedenfalls im Westen ohne Weiteres miteinander identifizieren, ist ein Ergebnis der Nachkriegszeit und des Kalten Krieges. Mehr und mehr wird diese Gleichsetzung von autoritären Herrschern gelegnet, die sich für ihre illiberale Praktiken auf ein vermeintlich demokratisches Mandat berufen.

Der Liberalismus in wechselnden Koalitionen

Auch die ökonomischen Präferenzen liberaler Politik haben sich in den letzten zweihundert Jahren öfters gewandelt. Die Früh- und Vorliberalen waren keineswegs Verächter staatlicher Regulierung, aber bereits im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts tritt mit dem bis heute berüchtigten »Manchester«-Liberalismus eine regulierungskritische Form des Liberalismus auf den Plan, die sich mit sozialdarwinistischen Modellen verbinden wird. Weniger bekannt ist, dass diese Vorstellung bald durch einen regulierungsfreundlichen »New Liberalism« kritisiert und durch andere Modelle der staatlichen Intervention in den Wirtschaftskreislauf ersetzt wurde. Sozialliberales progressives Denken hatte um 1900 gerade in Großbritannien Konjunktur. Gemäßigt sozialistische und liberale politische Programmatiken lassen sich vor dem ersten Weltkrieg nicht immer einfach voneinander unterscheiden. Das hier liegende ideenpolitische Kapital verdiente es, wieder gehoben und modernisiert zu werden.

Dass Liberalismus und Kapitalismus in der Gegenwart in einem so festen Bündnis miteinander zu stehen scheinen, ist seinerseits keine Selbstverständlichkeit: Eine Ursache dafür liegt heute in einer einseitigen Wahrnehmung der liberalen Denktraditionen, die oft auf eine spezielle Form des Neoliberalismus verkürzt werden.¹ Dies ist auch Ergebnis einer begriffspolitischen Koalition: Staatskritische Deregulierer und Privatisierer haben die Bezeichnung »liberal« monopolisiert, linken und rechten Kritikern des Liberalismus ist dies recht, weil sie so einen handlich zu attackierenden Gegner bekommen.

Wichtiger als solche begrifflichen Volten war aber auch hier die Erfahrung des Kalten Krieges. Der liberaldemokratische Westen hatte mit dem durch die Sowjetunion geführten Ostblock einen Gegenspieler, der einen Mangel an demokratischer Legitimation mit einem Fehlen effizienter ökonomischer Strukturen verband. Im Ostblock war die Bevölkerung aus Sicht des Westens eben nicht nur unfrei, sondern auch arm. Das legte den Schluss nah, dass zwischen Freiheit und Wohlstand und damit auch zwischen Liberalismus und Kapitalismus eine notwendige Bedingung bestehen müsse.

Dass solche Übereinstimmungen politisch möglich, aber nicht notwendig sind, zeigte sich erst in dem – von liberalen Ökonomen nicht antizipierten – ökonomischen Aufstieg der Volksrepublik China. Mit ihm etablierte sich eine

1 Vgl. Kolev, Stefan: »Giftschrank oder Schatztruhe? Warum jede Generation ihren eigenen Neoliberalismus benötigt«, in diesem Band.

ökonomisch effiziente kapitalistische Struktur, deren politische Demokratisierung und Liberalisierung heute in noch weiterer Ferne steht als zu Beginn der Entwicklung in den 1980er Jahren. Lassen sich aus dem Aufstieg auch keine direkten Lehren für einen künftigen politischen Liberalismus finden, so zeigen sich hier doch lange Zeit ungewohnte negative Einsichten. Mit einem Mal erscheint es möglich, dass die Vermehrung der allgemeinen Wohlfahrt in Widerspruch zu individuellen oder politischen Freiheiten geraten kann. Auch der Zusammenhang zwischen Freiheit und Kapitalismus hat im 21. Jahrhundert seine Selbstverständlichkeit verloren. Es gibt illiberalen Kapitalismus. Ob es aber freie Gesellschaften geben kann, die ohne eine zumindest auch wettbewerbliche Wirtschaftsordnung funktionieren, wäre die Frage. Beispiele dafür finden sich, soweit ersichtlich, nicht.

Das freie Individuum und die freie politische Gemeinschaft

Die Hervorhebung *individueller* Freiheit schien immer ein einigermaßen sicheres Kennzeichen einer liberalen politischen Praxis gewesen zu sein. Schaut man genauer hin, ergibt sich freilich ein komplexeres Bild. Richtig ist, dass politische Herrschaft in liberaler Theorie und Praxis regelmäßig an die Zustimmung von Einzelnen gebunden werden und deren Freiheit dienen sollte. Richtig ist aber auch, dass sich das damit verknüpfte politische Anliegen ursprünglich nicht gegen die Staatsgewalt richtete, sondern gegen feudale und intermediäre Strukturen gegen Zünfte, Verbände und Korporationen. Die durch individuelle Zustimmung geschaffene liberale Staatsgewalt würde dann vielleicht besser rational gezähmt sein als die Monarchie, aber sicherlich nicht weniger politisch mächtig. Der Liberalismus schuf – das ist oft missverstanden worden – eine politische Welt, in der sich Individuum und politische Herrschaft wechselseitig zu verstärken suchten.

Das so ermächtigte Individuum war auch, aber nicht nur ein wirtschaftliches Subjekt. Vorstellungen einer starken individuellen Persönlichkeit, die sich selbst vielseitig bildet und entwickelt, gehören von Beginn an zu einem liberalen Selbstverständnis – und begleiten uns bis in die Gegenwart. Namentlich der Siegeszug von Grund- und Menschenrechten als dem heute am wenigsten umstrittenen normativen Baustein liberaler Systeme führt diesen normativen Individualismus weiter. Trotzdem spricht einiges dafür, dass sich unsere Vorstellungen von individueller Freiheit schon mitten in einem be-

grifflichen Umbruch befinden, der auch politische Bedeutung haben dürfte. Ursachen für diesen Umbruch dürften weniger in der autoritären Bedrohung liegen als in Einsichten, die freiheitliche Gesellschaften über sich selbst gewonnen haben. Drei seien genannt:

Eine erste Einsicht liegt im engen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Unfreiheit. Dass soziale Ungleichheit nicht nur den konkret Betroffenen schadet, sondern einer Gemeinschaft im Ganzen, ist eine Einsicht, die noch nicht alt ist. Ungleiche Gesellschaften haben etwa größere Probleme mit öffentlicher Gesundheit oder Korruption als egalitäre Gesellschaften. Der von liberalen Theorien überlieferte Gegensatz zwischen Liberalismus und Egalitarismus weicht sich unter solchen Einsichten auf. Auch die Beobachtung, dass sich wirtschaftliche Freiheit und politische Mitbestimmung nicht so klar voneinander isolieren lassen, wie es liberale Theorien oft unterstellen, weist in eine solche Richtung. Ungleicher Reichtum schafft unfreie Politik. Dass Meinungsfreiheit jemanden, der eine Stimme hat, und jemanden, der eine Zeitung hat, in gleicher Weise schützt, war immer schon eine eigentümliche Vorstellung. Der durch einen überlieferten Liberalismus hoch gehaltene Gegensatz von Liberalismus und Egalitarismus ist so nicht zu halten.

Eine zweite Einsicht liegt in der Erkenntnis, dass sich die Entwicklung von Individualität immer nur als eine soziale Leistung verstehen lässt. Frei zu sein, bedarf es viel und all das, dessen es dazu bedarf, muss erlernt und bewahrt werden. Dazu aber ist kein Individuum für sich in der Lage. Deswegen ist die Vorstellung, Freiheit bestehe in der Abwesenheit von sozialer und politischer Gestaltung, auch für individuelle Freiheit nicht überzeugend. Diese Einsicht hat auch Implikationen für die liberale – und als solche nicht überholte – Vorstellung eines fairen Wettbewerbs. Wenn der Liberalismus auf Kriterien des Verdienstes nicht verzichten kann, muss er dessen ungleiche Produktionsbedingungen korrigieren. Der Ansatzpunkt der Chancengleichheit wird sich daher in die frühkindlichen Bedingungen der Entwicklung von Fähigkeiten verschieben müssen. So gedacht, hat die liberale Vorstellung eines freien Wettbewerbs ein stark egalisierendes Potential, dem sich der zeitgenössische Liberalismus stellen muss.

Schließlich fordert drittens auch die Entwicklung von »ökologischem« Denken den Individualliberalismus heraus. Wenn »Ökologie« Modelle für die Beziehungen zwischen belebten Wesen und ihrer unbelebten Umgebung entwickelt, so kann dies auch für politische Vorstellungen individueller Freiheit Bedeutung gewinnen. So bedarf die Bewältigung der Klimakrise auch

einer politischen Epistemologie, die die Vorstellung vom atomisierten Individuum als zentraler Einheit radikal überwindet.

Politische Implikationen gewandelter Freiheitsbedingungen

Damit stehen wir heute in einer Welt, in der wenig selbstverständlich ist, wie ein politisches liberales Projekt aussehen könnte. Schlicht auf individuelle Freiheit und kapitalistisches Wirtschaften wird es sich nicht berufen können. Andererseits kann es auch nicht auf einen ausgezeichneten Bezug zu Individualität verzichten, der aber doch die genannten Herausforderungen aufnehmen muss. Die politischen Implikationen, die sich damit verbinden, sind vielfältig.

Außenpolitisch muss sich ein politischer Liberalismus darauf einstellen, dass die Feinde des Liberalismus weder handlich abgrenzbar sind, wie es in der Epoche des Kalten Krieges der Fall war, noch einfach verschwinden werden, wie es in der optimistischen Phase nach 1989 geglaubt werden konnte. Der politische Liberalismus ist heute ein politisch bedrohter verteidigungsbedürftiger Block. Bei allem Grauen, den der russische Überfall auf die Ukraine erweckt, hat er eben auch die notwendige Klarheit über diesen Zusammenhang geschaffen. Die typisch liberale Vorstellung, die eigenen Ideen würde sich durchsetzen, weil sie richtig seien, stellt auch eine politische Selbstentmächtigung dar. Dabei wird es nicht so einfach sein, Freunde und Gegner voneinander zu unterscheiden – und das Überleben des Liberalismus dürfte auch davon abhängen, hier politisch stringent zu sein und liberale Ordnungen, die im Schatten illiberaler Systeme stehen – wie die Ukraine oder Taiwan – nicht nur aus Solidarität, sondern gut liberal um des eigenen Überlebens des gesamten Projekts willen nicht allein zu lassen.

Innenpolitisch haben diese Umstellungen weitreichende Folgen. Dazu gehört die Entwicklung eines liberalen Modells der Kapitalismuskritik, die Entwicklung von Modellen einer intelligenten Meritokratie, die Elitenversteinerungen verhindert, und die politische Ausgestaltung der Frage, wie man den schwierigen Begriff der »zukünftigen Generationen« politisch operationalisiert. Dabei wird man den Liberalismus einmal mehr neu erfinden müssen, aber auch auf bereitliegende Instrumente zurückgreifen. Ein Beispiel wäre die Entwicklung einer Struktur der Erbschaftsbesteuerung, die unter Respektierung bestimmter Grenzen des innerfamiliär Erworbe-

nen, das gewaltige Problem der Perpetuierung von Ungleichheit durch einen nicht durch eine eigene Leistung errungenen Vermögenserwerb angeht. Dies setzt aber die Einsicht voraus, dass die durch Erbschaften geschaffene Ungleichheit auch ein wesentliches Stück politischer Ungleichheit produziert.

Wenn damit für den politischen Liberalismus vieles in Fluss geraten ist, stellt sich natürlich auch die Frage nach den Kriterien, die diese dennoch in der Sache zusammenhalten. Die Frage ideologischer Konsistenz ist oft eine eher akademische, denn politische Lager entwickeln sich in einem fort, ohne dass dies ihre Identität immer herausfordern müsste. Trotzdem sei zum Abschluss ein Gedanke zu dieser Frage formuliert: Wenn sich der Liberalismus am Begriff der Freiheit immer wieder neu erfinden sollte, dann sollte sich der »politische Liberalismus«, also einer, der sich an politischen Handlungsmöglichkeiten orientiert, heute weniger an idealen Modellen einer gerechtfertigten Ordnung orientieren, wie wir sie etwa in den Theorien John Rawls und Jürgen Habermas vorgeführt bekommen haben, als an politisch konkreteren Erfahrungen der Unfreiheit. Dort, wo es Menschen verwehrt wird, Lebensentwürfe zu formulieren und zu verwirklichen, weil dies die politische Herrschaft, soziale oder ökonomische Mächte oder ökologische Lebensumstände verhindern, ist der politische Liberalismus auf den Plan gerufen.